

## Dialog statt Waffen -überparteilich gegen den Krieg-

# Frieden mit Russland

Lothar Schlüter, Mitglied des Vorstandes von ISOR e.V.

Unter dieser Überschrift trafen sich am 27. März 2023 in Berlin hochrangige Persönlichkeiten aus Ost und West aus Militär, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft, um sich weit über den eigenen Kreis der Mitglieder der Verbände des OKV hinaus den unterschiedlichen Standpunkten zu den einenden Fragen Frieden mit Russland – Dialog statt Waffen – im Rahmen einer Podiumsdiskussion zu stellen. Trotz bundesweiten Streiktages war die übergroße Mehrheit der Teilnehmer angereist.

Zu Beginn der Konferenz konstituierte sich ein Arbeitspräsidium, das von Sebald Daum, Wolfgang Schmidt und Rainer Rupp gebildet wurde. Letzterer eröffnete auch die Podiumsdiskussion.

Anregung und Ausgangspunkt zu dieser Veranstaltung bildeten die auch in **Isor aktuell** im März veröffentlichten Aufrufe der ehemaligen NVA-Generale Manfred Grätz und Sebald Daum „Generale für den Frieden“ gegen den Krieg in der Ukraine.

Für die Vielfalt der Meinungsäußerungen sei hier der Appell zur Meinungsfreiheit von Laura von Wimmersperg und Hans Bauer angeführt.

Die Botschaft der Russischen Föderation in der BRD war durch ihren Sekretär Alexander Miljutin vertreten. Zahlreiche Medienvertreter, darunter das chinesische Staatsfernsehen, begleiteten die Veranstaltung.

Hochrangige Offiziere und Generale der NVA und Militärangehörige der Bundeswehr, Wissenschaftler, Autoren, Friedensaktivisten ergriffen das Wort in der Diskussion und gaben ihr eine aus vielen Perspektiven komponierte Sicht. Organisiert wurde die Konferenz vom Ostdeutschen Kuratorium der Verbände e. V. (OKV), das unter seinem Dach 28 Vereine zählt.

Durch einen Spendenaufruf in befreundeten Medien haben die Veranstalter ausreichend Geld für eventuelle Folgeveranstaltungen gesammelt und eine Aufklärungskampagne zu den Ursachen und möglichen Folgen des

Krieges in der Ukraine begonnen. Impulsgeber für diese Veranstaltung waren die erwähnten Generale der NVA, deren Aufrufe zum Frieden bereits Ende Januar veröffentlicht worden waren. Darin prangern sie die unbegründete einseitige Schuldzuweisung an Russland und die Rolle der an diesem Krieg interessierten NATO-Staaten unter der Ägide der USA an.

Danach haben sich viele weitere hochrangige Militär-angehörige der NVA mit den beiden Verfassern solidarisiert. Die Organisatoren und mehrere Redner des Forums machten deutlich: Partei-politische und weltanschauliche

Differenzen sollen für alle Friedensbewegten zurückgestellt werden. Es soll auch nicht einfach ein abstrakter Frieden angestrebt werden, denn darunter wird in der Regel der Sieg der Ukraine und des Westens über die Atom-Supermacht Russland verstanden. Das sei ein selbstmörderisches Ziel. Die neue Friedensbewegung soll ausdrücklich „Frieden mit Russland“ auf ihre Fahnen schreiben.

Das Angebot einer Öffnung „nach rechts“ zwecks Frieden wurde gehört. Unter den Anwesenden war auch der Chefredakteur eines in rechtsnationalen Kreisen bekannten Magazins. In seinen Medien wird nun eine verstärkte Zusammenarbeit der linken und rechten Opposition gefordert – als „winzige Chance, den endgültigen Untergang der Demokratie in Deutschland zu verhindern“.

Eine politische Analyse und Zustandsbeschreibung stehen am Anfang jeder Bewegung. So auch am 27. März auf der Podiumsdiskussion. Die Redner waren sich einig. Schuld am gegenwärtigen Krieg seien die USA und die NATO. Sie bereiten seit langem einen Schlag gegen Russland mit dem nachfolgenden Ziel der Zerstückelung des Vielvölkerstaates auf drei bis zwölf Nationen vor, betonte die Bundesvorsitzende der Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo) Helga Zepp-LaRouche.



Liane Kilinc am Thälmann-Denkmal in der Ortschaft Thälmannowo, Gebiet Donezk. Thälmann und der 1. Mai. Zwei Begriffe für den internationalen Kampf- und Feiertag der Arbeiterklasse

Deutsche Außenpolitik stand auch im Mittelpunkt des analytischen Vortrags des Physik-Wissenschaftlers Prof. Dr. Joachim Wernicke. Er sah den Krieg in der Ukraine als Folge des „deutschen Fehlverhaltens“, das er an zehn Schritten festmachte, angefangen mit der Täuschung Gorbatschows über die NATO-Osterweiterung bis zum Betrug beim Minsker Abkommen und der Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine „und zwar in der Rolle eines Angreifers, denn Russland hatte Deutschland nicht angegriffen, und es bestehen keine Bündnisverpflichtungen gegenüber der Ukraine, weder über die NATO noch über die EU.“

Der Vorsitzende des Deutschen Friedensrates Gerhard Fuchs-Kittowski wies in seinem Vortrag auf die Verletzung des völkerrechtlich bindenden Zwei-plus-Vier-Vertrages hin, wonach es u. a. nicht erlaubt sei, Truppen und Militärgerät über das ehemalige Territorium der DDR in Richtung Osten zu verlegen. Ministerpräsidenten ostdeutscher Bundesländer müssten durch öffentlichen Druck dazu veranlasst werden, sich gegenüber aktuellem Waffentransit durch Ostdeutschland querzustellen. Er erinnerte auch an die Tradition der überparteilichen Runden Tische zur späten DDR-Zeit, die eine gewaltlose Übergangszeit ermöglichten.

Auch der Publizist und ehemalige Aufklärer im NATO-Hauptquartier Rainer Rupp sieht Chancen für Runde Tische als Plattform, wo kritische Menschen aus dem Mainstream und Friedensaktivisten wie er und seine Mitstreiter zusammentreffen können.

Zentral ist bei der Suche nach einem gemeinsamen Nenner in der künftigen Friedensbewegung die Frage der deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine.

Andere Teilnehmer des Forums weisen in ihren Beiträgen darauf hin, dass die wirtschaftlichen Folgen des beispiellosen Sanktionskrieges gegen Russland für dessen Urheber in Deutschland mittelfristig einen Bumerang-Effekt verursachen können. De-industrialisierung, hohe Energiepreise und Schließung der Betriebe würden schließlich auch der Jugend die Zukunft rauben und für deren politisches Aufwachen sorgen. Darin liege die Chance, dass Friedensbewegung ostdeutscher Provenienz bundesweiten Widerhall in breiteren Bevölkerungsschichten findet. Aber auch für sich genommen sei sie eine ungeheure Kraft – das hätten die Proteste mit 50.000 Teilnehmern am 25. Februar im Berliner Regierungsviertel gezeigt.

Die Teilnehmer der Konferenz nahmen mit ihrer Kritik an USA und NATO kein Blatt vor den Mund und weigerten sich vehement, Russland Schuld an dem Konflikt zu geben – in dieser Deutlichkeit und intellektuellen Schärfe wahrscheinlich zum ersten Mal seit Beginn der russischen „Spezialoperation“.

Während der Diskussion sprachen 11 Vertreter zu diesem in der Überschrift genannten Themenkomplex.

Der Redebeitrag von Tino Eisbrenner wurde in musikalischer Form dargebracht und sehr stimmungsvoll begleitet.

Vom Veranstalter (OKV e. V.) wurde eine Publikation vorbereitet. Sie enthält alle Redebeiträge für diese Konferenz. Weiterhin lag der Konferenz eine Erklärung zur Diskussion und Beschlussfassung vor. Dieses Dokument wurde mit übergroßer Mehrheit angenommen und ist in **ISOR aktuell** im vorigen Monat veröffentlicht.

Beenden möchte ich diesen Beitrag mit der Überlegung: „Ob schließlich die Angst vor möglichen Schlägen Russlands auf US-Basen auf dem deutschen Territorium infolge der weiteren Eskalation des Konflikts die Menschen massenhaft auf die Straße treiben wird, so wie es einst im Zuge der Pershing-Proteste der Achtziger der Fall war, ist immer noch ungewiss. Bezeichnend ist jedoch, dass sich in der Friedensbewegung ein radikalerer Kern herausgebildet hat, der nun entschlossen ist, den offenen Widerstand zu wagen und die organisatorische Last für die Erweiterung der Protestfront auf sich zu nehmen.“ (Ein Gedanke von Prof. Dr.-Ing. Joachim Wernicke)

**Berlin, 30. März 2023**

*(red. Bearbeitet)*

\*

## Aus der Arbeit des Vorstandes

Die Mitglieder des Vorstandes bestätigten den vorliegenden Entwurf einer Beschwerde bei der UN in Berufung auf das Fakultativprotokoll zum Wirtschafts- und Sozialpakt der Vereinten Nationen. Diese Beschwerde wird voraussichtlich in der ersten Mai-Hälfte in einer englischen Übersetzung als ein internationales Einschreiben abgeschickt.

Sollte der vom Wirtschafts- und Sozialrat der UN zur Prüfung derartiger Beschwerden eingesetzte Ausschuss unsere Beschwerde als zulässig anerkennen, würde die Bundesregierung aufgefordert, innerhalb von 6 Monaten dazu Stellung zu nehmen. Danach würde der Ausschuss seine Auffassungen und Empfehlungen in dieser Sache an die Bundesregierung übermitteln.

Es wäre nicht das erste Mal, dass die Bundesregierung Empfehlungen der UN negiert. Illusionen sind also nicht angebracht. Dennoch bietet das ganze Verfahren eine gute Chance, die Demagogie der angeblich wertebasierten, neuerdings auch noch feministischen Menschenrechtspolitik der Bundesregierung zu entlarven und die Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der rentenrechtlichen Diskriminierung der ehemaligen MfS-Angehörigen erneut anzuprangern.

Der folgende Diskussionsbeitrag auf dem Podiumsgespräch am 27. März 2023 „Dialog statt Waffen“ vermittelt beispielhaft das hohe Niveau der Veranstaltung des OKV e.V.

### Prof. Dr. phil. Oberst a. D. Wilfried Schreiber

Stellvertretender Vorsitzender des Förderkreises Darmstädter Signal und Senior Research Fellow  
am Welt Trends Institut für Internationale Politik Potsdam

## Für Frieden in der Ukraine – auch ohne Sieg

Mir geht es wie Generalleutnant Grätz; ich bin ebenfalls ein Kind des großen Krieges. Zum Kriegsende war ich acht Jahre alt. Meine Heimatstadt ist Dresden. Ich habe alle Luftangriffe auf diese Stadt und es gab nicht nur den bekannten Großangriff vom 13. Februar 1945 – hautnah miterlebt. Das Trauma der Terrorangriffe begleitet mich bis heute und hat auch mein Berufsleben als Soldat in der DDR von 1955 bis 1990 beeinflusst.

Wenn ich heute immer wieder höre, dass Politikerinnen und Politiker - von Putin über Selenskyi bis Baerbock - davon reden, in dem Ukrainekrieg „siegen“ zu wollen, läuft es mir kalt den Rücken herunter. Dieser Krieg ist nicht schlechthin die Fortsetzung von Politik; er steht vor allem für das Versagen der Politik und damit

ist keineswegs nur die russische Politik gemeint.

Zweifelloso hat Russland mit seinem Einmarsch vom 24. Februar 2022 Völkerrecht gebrochen und verdient dafür strikte Verurteilung. Zugleich wird niemand ernsthaft bestreiten können, dass es diesen Krieg nie gegeben hätte, wenn Russland in seinen Bemühungen um wechselseitige Sicherheitsgarantien mit den USA und der NATO Ende 2022 ernst genommen worden wäre.

Für Russland war es im höchsten Maße besorgniserregend, dass die USA Teile ihres globalen Raketenabwehrsystems AEGIS in Polen und Rumänien stationiert hatten. Bekanntlich bedarf es nur einer Software-Änderung, um mit AEGIS ballistische Raketen zum Schlag auf weit entfernte Boden- und Seeziele

einzusetzen. Des Weiteren hatten die USA im November 2021 ihr 56. Artilleriekommando in Wiesbaden reaktiviert, das für die Planung und Führung des Einsatzes nuklearer Mittelstreckenraketen in Europa die Verantwortung tragen und bis Mitte 2023 einsatzbereit sein soll. Schließlich stellte der ukrainische Präsident Selenskyj Mitte Februar 2021 auf der Münchener Sicherheitskonferenz die weitere Anerkennung des Budapester Memorandums von 1994 in Frage, das den Verzicht auf Stationierung und Besitz von Kernwaffen für sein Land regelt.

Dazu kam, dass 2014 in der Ukraine - unmittelbar nach dem Sturz des damaligen Präsidenten Janukowitsch und den bewaffneten Gewaltaktionen auf dem Maidan-Platz per

Präsidentenerlass eine Anti-Terror-Operation (ATO) gestartet wurde, die als Bürgerkrieg bis Februar 2022 tobte. Im Kern ging es der Regierung um die Verhinderung einer begrenzten Autonomie der vorwiegend russischsprachigen Gebiete Donezk und Lugansk, die von der Ukraine, Deutschland, Frankreich und Russland mit dem internationalen Abkommen Minsk II ausgehandelt worden waren.

Die Bestätigung durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verlieh diesem Abkommen völkerrechtlichen Charakter. Inzwischen wissen wir aber von zwei Unterzeichnern dieses Abkommens - der damaligen deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem ehemaligen Präsidenten Frankreichs, Francois Hollande -, dass dieses Abkommen seitens des Westens nur zum Schein und als Atempause zur verdeckten Aufrüstung der Ukraine gedacht war. Der Bürgerkrieg verursachte in diesen Gebieten über 10.000 Tote und mehr als 24.000 Verletzte, was der Präsident Russlands Putin als Völkermord (Genozid) bewertete.

Am 24. Februar 2022 ließ der russische Präsident Putin unter Verweis auf die Gesamtheit aller o.g. Fakten und in Erwartung eines schnellen Sieges seine Truppen in die Ukraine einmarschieren. Putin hat sich jedoch getäuscht; der Widerstand in der Ukraine und die Gegenreaktionen in der Welt waren stärker als gedacht. Putin musste zur Kenntnis nehmen, dass es auch für die beschriebenen Bedrohungswahrnehmungen kein Recht auf Krieg gibt. Die Charta der Vereinten Nationen fordert dezidiert die friedliche Beilegung von allen Streitfragen. Das ist Völkerrecht und gilt bis zum heutigen Tag - und auch für den realen Krieg in der Ukraine.

Tatsächlich hat dieser Krieg nach über einem Jahr erbitterter Kämpfe den Charakter eines Ermattungskrieges mit beidseitig hohen Verlusten angenommen. Keine der kriegführenden Parteien, einschließlich der die Ukraine unterstützenden NATO-Länder sind zur Einstellung der Kampfhandlungen und zu ernsthaften Friedensgesprächen miteinander bereit. Alle wollen „siegen“ Damit erhält dieser Krieg eine Eskalationsdynamik, die bereits sehr nahe an einen großen Konflikt mit der NATO heranreicht. Die Situation ist so brisant wie die Kubakrise von 1962.

Das gilt umso mehr, da technologische Fortschritte in den rund 30 Jahren seit dem Ende der Blockkonfrontation dazu geführt haben, dass in der Gefechts- und Kriegsdynamik Entscheidungsprozesse weitgehend automatisiert ablaufen und der zeitliche Spielraum für politische Entscheidungen gegen Null geht. Insbesondere durch die Lieferung immer komplexerer und weitreichender Waffensysteme seitens der NATO-Länder an die Ukraine bei gleichzeitiger personeller Unterstützung - mit und ohne Uniform bei der Planung und Durchführung von

Kampfhandlungen, nähern sich diese Länder immer mehr der Grenze, unmittelbare Kriegspartei zu werden. Das könnte vor allem für Deutschland verhängnisvoll sein, da sich das amerikanische Leitzentrum zur Steuerung aller Hilfsaktivitäten für die Ukraine mit Ramstein auf deutschen Boden befindet. Man darf sich da keine Illusionen machen: ein Krieg, in dem die stärksten Atommächte der Welt unmittelbar gegenüberstehen, gefährdet die Existenz der menschlichen Zivilisation.

Dieser Krieg ist aber nicht nur aus militärischen Erwägungen ein Anachronismus unserer Zeit. Der Ukrainekrieg steht im Widerspruch zu allen globalen Herausforderungen der Gegenwart, die ebenfalls existenzielle Bedeutung haben. Dieser Krieg vernichtet und verschlingt Ressourcen, die zur Bewältigung der Klimakrise, zur Versorgung der Menschen mit Wasser, Energie und Rohstoffen, zur Überwindung von Hunger, Armut, Krankheiten und Pandemien sowie globaler und regionaler Unterentwicklung dringend benötigt werden.

Das Gebot der Stunde ist Deeskalation des Krieges, schnellstmögliche Beendigung der Kampfhandlungen sowie der Beginn von Friedensgesprächen ohne Vorbedingungen und keineswegs die bedingungslose Kapitulation einer Kriegspartei. Frieden und Stabilität in Europa wird es nur dann geben, wenn alle an diesem Krieg beteiligten Kräften Garantien für ihre eigene Sicherheit erhalten - natürlich auch Russland als Aggressor. Oder wie stellt man sich einen Sieg-Frieden über die Atommacht Russland und das zugleich flächengrößte und rohstoffreichste Land der Welt vor - ein Land mit ca. 145 Millionen Einwohnern (2018) und unmittelbarer Nachbar von China? Zur Beendigung des Ukrainekrieges kann es nur einen Verhandlungsfrieden geben. Alles andere sind Wunschträume und Hirngespinnste potenzieller Selbstmörder oder politischer Dummköpfe. Da die politischen Führer der kriegführenden Länder offensichtlich nicht in der Lage oder nicht willens sind, miteinander zu reden, ist eine

besondere Autorität erforderlich, die darauf Einfluss nehmen kann. Ich sehe dafür zwei Ansätze:

Erstens: Zweifellos bedarf es starker Persönlichkeiten mit internationalem Ansehen und integrier Neutralität, die zwischen den Kriegsparteien - einschließlich der Hauptunterstützer des Krieges - vermitteln können. Das könnten einer oder mehrere Staatsführer großer Mittel-mächte bzw. Länder des globalen Südens sein, wie z. B. der Präsident Brasiliens, Luiz Inácio Lula da Silva, der Präsident Mexikos, Andrés Manuel Lopez oder der Präsident der Türkei, Recep Tayyip Erdogan. Alle drei haben sich in der letzten Zeit mit Initiativen angeboten, zu vermitteln. Auch Papst Franziskus verfügt über die notwendige internationale Autorität und Glaubwürdigkeit. Der vom Schiller-Institut initiierte Brief an Papst Franziskus verdient unbedingte Unterstützung.

Zweitens: Gleichermaßen wichtig ist auch ein nachhaltiger politischer Druck durch Aktionen außerhalb von Regierungen und Parlamenten.

Das von Saha Wagenknecht und Alice Schwarzer initiierte Friedensmanifest mit bisher weit über 700.000 Unterzeichnern sowie die von ihnen organisierte große Friedenskundgebung vom 25. Februar 2023 am Brandenburger Tor in Berlin geben hierfür ein Beispiel. Beides erwies sich als beeindruckender Impuls für die deutsche Friedensbewegung. Die wütenden Angriffe gegen die beiden Frauen sowie deren Verleumdung in den deutschen Mainstream-Medien unterstreichen nur die Bedeutung solcher Initiativen.

Möge es zu einer wirksamen Symbiose von persönlichen Autoritäten aus der Politik und einer starken internationalen Friedensbewegung kommen. Es könnte nicht nur den Frieden in Europa, sondern die ganze Welt retten.

**Dieser Text entspricht der offiziellen Veröffentlichung und weicht geringfügig vom gesprochenen Wort ab (red.)**

\*



### TIG Leipzig „... wider das Vergessen“ – in eigener Sache

Mit der Initiative der Vertreterkonferenz vom Juni 2022, eine Broschüre zu verdienstvollen, verstorbenen Mitgliedern der ISOR e.V. zu gestalten, die im besonderen Maße Anteil an der Gründung und der Entwicklung unserer Solidargemeinschaft sowie im Kampf für Rentengerechtigkeit, für soziale Rechte und

für die Sicherung des Friedens haben, und dem vorgelegten Ergebnis wurde ein Zeitdokument geschaffen, welches die politische, gesellschaftliche und solidarische Bedeutung unseres Vereins nachhaltig charakterisiert. Diese Dokumentation fand bei uns im Vorstand großen Zuspruch. Es entstand die Idee, eine solche Broschüre auch für unsere TIG in Leipzig unter Einbeziehung der Kreise des Bezirkes Leipzig zu erstellen. Wir trugen unsere

Vorstellungen dem Vorstand der ISOR e.V. vor und bekamen Zustimmung und motivierende Unterstützung für unser Vorhaben. An dieser Stelle sagen wir dem Vorstand in Berlin und besonders Genossen Joachim Bonatz Danke für die geleistete Unterstützung unseres Projekts.

Wir begannen mit der Auswahl der Persönlichkeiten, der Beschreibung ihrer Verdienste bei der Gründung unserer TIG und ihrer Entwicklung sowie der Darstellung bedeutender gesellschaftspolitischer Aktivitäten auch außerhalb unserer Solidargemeinschaft. Es wurde sichtbar, dass durch eine Vielzahl von Generationen von Funktionären viele wichtige Informationen verloren gegangen sind und zum Teil große Anstrengungen unternommen werden mussten, um diese zusammenzutragen, zu analysieren und zu dokumentieren. Es erwies sich als nachteilig, dass in den vergangenen Jahren, insbesondere in der Gründerzeit unserer TIG, wenig dokumentiert und aufbewahrt wurde. So nahm die Herstellung der Broschüre mehrere Monate Zeit in Anspruch. Es ist gelungen, 40 verstorbene Mitglieder für ihr engagiertes Wirken in unserer TIG und in den TIG der Kreise zu würdigen, auch wenn in Einzelfällen die Informationen zu den Persönlichkeiten schmal ausfielen.

Worin besteht die Bedeutung dieser Broschüre für unsere Arbeit in der TIG? Auch wenn es nicht gelungen ist, das Rentenstrafrecht erfolgreich zu bekämpfen, Rentengerechtigkeit herzustellen und die Aussichten auf spätere Erfolge gering erscheinen, hat unsere Solidargemeinschaft ein geschlossenes und zielgerichtetes Handeln zur Erreichung dieser Zielstellung bewiesen und in vielerlei Hinsicht einen wirkungsvollen Beitrag im Kampf um soziale Gerechtigkeit und im Friedenskampf geleistet. So kann die Entwicklung unserer Solidargemeinschaft und das Eintreten für die Erreichung unserer Zielstellungen jeden von uns mit Stolz erfüllen, dieser Gemeinschaft anzugehören. Die in unserer Broschüre aufgenommenen Persönlichkeiten haben für unsere TIG daran einen besonders hohen Anteil, den es hervorzuheben gilt und den wir bewahren wollen. Unsere Broschüre erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit und widerspiegelt auch nicht die Vielfältigkeit der aktiven Mitarbeit anderer verstorbener Mitglieder unserer TIG, die nicht vergessen ist.

Unter dem Gesichtspunkt, dass es für das über 30-jährige Wirken unserer Solidargemeinschaft in unserer TIG kein Zeitzeugnis gibt und es nahezu unmöglich ist, ein solches zu erstellen, kommt der Dokumentation des Wirkens dieser Persönlichkeiten eine solche Rolle zu. Mit dem Nachweis ihrer Aktivitäten entsteht ein anschauliches Bild unseres Wirkens als Sozialverein und leistet einen unver-

zichtbaren Beitrag, unsere Geschichte lebendig zu halten, „... wider das Vergessen“!

Wir sind der Überzeugung, dass die Broschüre uns in unserer politischen und persönlichen Arbeit mit den Mitgliedern hilft, für die Erreichung unserer Ziele weiter zu kämpfen und nicht nachzulassen, aktiv dafür einzutreten.

**Gerald Böhm, Vorsitzender der TIG**

\*

Das Vorstandsmitglied und Landesbeauftragter für MeckPomm, Manfred Jonischkies, hatte eingeladen und die Vorsitzenden sowie Stellvertreter (auch Hauptkassierer) der 16 TIG im Bundesland plus unsere Beiratsmitglieder trafen sich am 28. März zur Arbeitsberatung wiederholt bei Güstrow.

Komplettiert wurde diese Veranstaltung durch die Vorstandsmitglieder Joachim Bonatz, Wolfgang Schmid und Hans Speck sowie den Leiter der Revisionskommission, Peter Alff. Inhalt der Beratung war zunächst die Einschätzung der Lage in den TIG, ihrer Aktivitäten zur Umsetzung der Führungskonzeption sowie zur Bestandssicherung. Deutlich wurde, dass alle TIG quasi unter selbigen Bedingungen arbeiten: Der Altersdurchschnitt im Mitgliederbestand bewegt sich um die 80 Jahre, zunehmend verbringen Mitglieder ihren Lebensabend in Pflegeheimen/Betreutes Wohnen/Seniorenwohnheimen. Das beeinflusst objektiv jede Frage nach Vereinsaktivitäten (intern wie auch extern). TIG-Vorstände reagieren darauf mit einer Fokussierung auf solche Maßnahmen, die die sozialen Komponenten in den Mittelpunkt stellen; wie Sommerfeste, Frauentagsfeiern – verbunden mit Informationen, Erfahrungsaustausch und Termine für Veranstaltungen im Territorium; z.B. vom „RotFuchs“. Übereinstimmend wurde berichtet, dass unsere Vereinszeitung **Isor aktuell** einen hohen Stellenwert in der Information unserer Mitglieder und der Kontaktpflege einnimmt. (Die TIG Rostock, Schwerin und Neubrandenburg informieren ihre Mitglieder darüber hinaus mit eigenen regionalen Mitteilungsblättern). Konstatiert wurde ebenso, dass ISOR ein solventer Sozialverein ist; dank der praktizierten Arbeitsstrukturen der TIG-Vorstände und ihrer Gruppenbetreuer, hier gemeint die Beitragskassierung und die Spendenbereitschaft unserer Mitglieder. Soweit im Territorium vorhanden, bestehen feste Beziehungen zum Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der Grenztruppen der DDR. Sie arbeiten in örtlichen Friedensbündnissen mit, engagieren sich im „RotFuchs“ und unterhalten Arbeitskontakte zu Funktionsträgern der LINKEN.

Joachim Bonatz und Wolfgang Schmidt berichteten über anhaltende Aktivitäten mit dem Ziel, endlich Rentengerechtigkeit herzustellen. So steht und streitet der Runde Tisch Leipzig für

einen Gerechtigkeitsfonds der bis zu 500Tausend von der Rentenüberleitung Ost/West Benachteiligten.

**Karl Bachmann**

\*

### Der Sonderermittler in Suhl

Die **TIG Suhl/Ilmenau/Meiningen** hatte Oberstleutnant a.D. Hans Becker, den Autor des Buches „Der Sonderermittler“ – als Kriminalist in Diensten des MfS – am 9. März zu einer Buchbesprechung eingeladen und 65 interessierte Zuhörer nahmen im Buchhaus Waniek in Suhl an der Veranstaltung teil. Davon war etwa ein Drittel kein ehemaliger MfS-Mitarbeiter bzw. Familienangehöriger.

Es beeindruckte, mit welcher Vitalität der 88-Jährige von seinem Werdegang als Kriminalist und seiner Untersuchungsarbeit berichtete.

Hans Becker wollte mit seinem Buch der nachkommenden Generation etwas hinterlassen, zeigen wie es damals war. Er habe nur belegbare Sachverhalte aufgeschrieben.

Über einen Sportfreund sei er mehr zufällig zur Kriminalpolizei gekommen, habe bis 1967 bei der Deutschen Volkspolizei in Halle gearbeitet und wechselte am 1. April 1967 zum MfS in eine neu gebildete Sonderkommission zur Untersuchung schwerer Straftaten. Als Kriminalist habe er die speziellen Methoden des MfS nicht gekannt, wusste aber, in welchen Briefkasten er seine Wünsche bei der Aufklärung von Straftaten einwerfen konnte.

Im Jahr 1966 wurde bei Leipzig eine Frauenleiche gefunden deren Bekleidung westlicher Herkunft war, weshalb über den Generalstaatsanwalt eine Anfrage an die BRD-Organen gerichtet worden war.

Das LKA Hessen informierte über eine vermisste Kellnerin. Ermittlungen ergaben, dass sie mit einem Mann in die DDR eingereist und von diesem getötet worden ist. An ihrer Stelle reiste eine DDR-Bürgerin in die BRD aus. Die an die BRD übergebenen Ermittlungsakten führten zur Verurteilung des Mörders.

Ausführlich berichtete Hans Becker über die Knabenmorde im Mai 1969 in Eberswalde. Einerseits zogen sich die Ermittlungen über drei Jahre hin und andererseits waren der Autor und alle anderen Kriminalisten sehr gestresst. Ein sadistischer Mörder war den erfahrenen Ermittlern bisher nicht begegnet. Hilfe holten sie sich bei den Professoren Prokop und Szweczyk. Fortan konzentrierte sich die Untersuchung auf Vortatverhalten. Nach 27 Monaten schlug der sadistische Mörder ein 3. Mal zu. Es wurden an den Eberswalder Schulen Befragungen zu Personen mit auffälligen Verhaltensweisen gegenüber Kindern durchgeführt und ein Junge erinnerte sich an einen einige Jahre zurückliegenden Vorfall, als ihn ein älterer Junge niedergerungen und ans Geschlechtsteil gefasst habe.

Anschließend hätte dieser gedroht, ihn abzustechen, wenn er darüber spreche. Der Junge konnte sogar zeigen, wo der Täter wohnte und dieser wurde festgenommen.

Eine ZuhörerIn wollte in der anschließenden Diskussion von Hans Becker wissen, ob er auch Fälle nicht lösen konnte. Er nannte einen Fall, wo 1972 auf Transitstrecken Fahrzeuge von einem Unbekannten angehalten, Frauen vergewaltigt und Wertgegenstände geraubt wurden.

Weiterhin fragte man den Autor, ob ihn brutale Morde psychisch belastet haben. Er entgegnete, ein Arzt sterbe auch nicht mit seinen Patienten. Seine Ehefrau hätte allerdings immer Angst um ihn gehabt.

Hans Becker richtete mehrfach den Appell an die Anwesenden, sich durch die Hetze gegen das MfS nicht einschüchtern zu lassen. Durch „verleumderische Federn“ seien Unwahrheiten und böswillige Verleumdungen niedergeschrieben worden, denen wir immer wieder entgegenzutreten sollten. So mache er das auch.

An einer gleichzeitigen Buchlesung „Staatsfeind Antenne“ nahmen lediglich 29 Zuhörer teil. Authentische Berichterstattung findet eben mehr Interesse als „Stasihetze“. Unser Dank gilt Siegfried Meyer, welcher den Autor als Fahrer und Assistent betreut.

Der TIG-Vorsitzende und der Stellvertreter der Untersuchungsabteilung überreichten Hans Becker Erinnerungsgeschenke. Gedankt wurde auch dem Betreuer Ralf Zieprich für die Organisation der Veranstaltung. Abschließend signierte der Autor zahlreiche seiner erworbenen Bücher. Wolfgang Tanner

\*

Hinweis: Der in der vorigen Ausgabe veröffentlichte Bericht über den Sonderermittler fand nicht in Borna, sondern in Leipzig statt. w.k.

Unsere **TIG Schwerin** ist im Laufe der Jahre zwar geschrumpft, aber immer noch quicklebendig und im Territorium gut vernetzt, (Schweriner Friedensbündnis, Rotfuchs, Verband zur Pflege der Traditionen der NVA und der GT). Am 8. Februar haben wir unsere Auf-

taktveranstaltung für dieses Jahr durchgeführt. Das Datum war dabei eher dem Zufall der Raumplanung geschuldet und nicht vordergründig dem Tag, als vor 73 Jahren das staatliche Sicherheitsorgan der DDR gebildet wurde. Das zu Beginn festzustellen, war uns wichtig, denn wir haben nicht die Absicht, irgendeinem Medium Anlass zu geben, uns als konspirative Nostalgiker diffamieren zu lassen. Andererseits vertreten wir sehr offensiv die Aufforderung: Wir brauchen uns weder verstecken noch für irgendetwas zu entschuldigen.

Eingeladen hatten wir alle Mitglieder unserer TIG nebst Partnern. Hauptanliegen dieser Zusammenkunft bei Kaffee und Kuchen, einem Bierchen oder einem Glas Sekt, war und ist die Pflege unserer sozialen Kontakte und damit die Stärkung unserer TIG. Wir haben dabei von vorn herein Wert auf die Feststellung gelegt, dass ISOR laut Satzung ein Sozialverein ist und kein Anhängsel einer Partei oder deren Erfüllungsgehilfe. Andererseits ändert das natürlich nichts an unseren linken Einstellungen, an unseren „linken“ öffentlichen Aktivitäten und unserem unbedingten Eintreten für einen gesicherten Frieden. Das hat sich erneut auch im Verlauf dieser Veranstaltung gezeigt. Es wurde als angenehm empfunden, Gespräche unter politisch Gleichgesinnten zu führen, sich auszutauschen über Erfahrungen und Erlebnisse, Tipps und Empfehlungen zu geben. Veranstaltungen dieser Art sollten gesellig sein — wir hatten eine musikalische Umrahmung, dazu humorvolle Redebeiträge und erlebte Anekdoten. Die Resonanz bestätigte uns, dass wir mit dieser Veranstaltungsform das Interesse unserer Mitglieder getroffen haben.

Somit begrüßten wir am 9. März zu einer Frauentagsveranstaltung 38 weibliche Mitglieder resp. Ehefrauen von Mitgliedern, wie auch kraftfahrende Begleiter in der Schleifmühle. Beide Veranstaltungen waren uns Anlass, die Lage in unserer TIG realistisch zu beurteilen, auf deren Grundlage wir unsere weitere Vereinsarbeit planen.

Es ist nun mal so: Der Altersdurchschnitt unserer 115 Mitglieder liegt bei 79 Jahren (42 sind über 85, 17 über 90 Jahre alt) Vermutlich wird es so oder ähnlich in vielen TIG aussehen.

Dem müssen wir Rechnung tragen; auch der positiven Tatsache, dass mehrere Witwen ehemaliger Mitglieder die Mitgliedschaft in ISOR fortsetzen — diese aber keine berufliche Verangung in den bewaffneten Organen haben.

Meine Feststellung veranlasst mich zu dem Hinweis, dass wir uns (zentral im Vorstand wie auch in jedem TIG-Vorstand) keinen Illusionen hinsichtlich unserer Kräfte und Möglichkeiten hingeben dürfen. Gefragt sind Realität und zur Potenzierung geeignete Verbündete.

Joachim Claußner, TIG-Vorsitzender

\*

## Aus der Postmappe

### Kurze Gedanken zum Gespräch mit Wolfgang Schmidt

(ISOR aktuell 4/2023)

Zunächst möchte ich allen Mitstreitern des Insiderkomitees ehemaliger Mitarbeiter des MfS Danke sagen. Danke für ihren Mut in einer schweren Zeit, Danke für ihre Beharrlichkeit und Standhaftigkeit, Danke für ihre Akribie. In Zusammenarbeit und enger Verbindung mit anderen Organisationen, Vereinen und Verbänden haben sie wesentlich dazu beigetragen, wichtige Bestandteile eines realen Geschichtsbildes über unser Heimatland DDR, insbesondere das Ministerium für Staatssicherheit, zu erarbeiten.

Es kommt gar nicht so darauf an, in der imperialistischen BRD einen Sieg in der geschichtspolitischen Auseinandersetzung zu erringen. Dass das aufgrund der Übermacht des Gegners und seines politischen Unwillens gar nicht möglich war, hat Genosse Schmidt dargelegt.

Der große Revolutionsführer Fidel Castro sagte einmal: „Verurteilen Sie mich, es hat keine Bedeutung. Die Geschichte wird mich freisprechen.“

Und das ist das Entscheidende, der enorme Beitrag zur Geschichte. Mit den geschaffenen Dokumenten und zahlreichen Publikationen ist uns allen ein riesiger Fundus in die Hand gegeben, mit dem es auch nach Beendigung der Aktivitäten des Insiderkomitees gilt, zu arbeiten.

## Zwischenbescheid

Das Krämerhafte der deutschen Seele offenbarte sich just in einer Pressemitteilung, die von der jungenWelt an die Öffentlichkeit gezerrt wurde.

Der Bundesrechnungshof erklärte in ergänzenden Bemerkungen „zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes“ im Jahre 2022, dass der Versuch, die Akten des MfS wieder zusammenzusetzen wegen „hoher Kosten“, aber „keinen Fortschritt vollständig gescheitert“ sei.

In seiner konterrevolutionären Ungeduld schätzt er wohl die Lage falsch ein, denn bereits 28 Jahre nach Beginn der Schnipseljagd sind 3,2 Prozent aus mehr als 15 000 Säcken wieder zusammengesetzt und davon sogar 0,1 Prozent digital! Das hat lediglich 15 Millionen Euro gekostet,

aber wohl keine grundlegend neuen Erkenntnisse erbracht. Dabei sind zwischen 2007 und 2014 bereits 23 Säcke mit 91.000 Seitenlesbar gemacht worden.

Da sollte man die Jagdflinte nun wirklich nicht voreilig der Abrüstung in deren unersättlichen Rachen werfen. Bereits in 847 Jahren sei die Arbeit in diesem „Tempo“ getan und das MfS entlarvt.

Isor aktuell wird in der April-Ausgabe des Jahrganges 2870 darüber berichten. Aber keine Angst: Aus Datenschutzgründen werden Familiennamen nicht vollständig ausgeschrieben. Bleiben Sie schön neugierig.

(w.k.)

Unsere Aufgabe besteht darin, solange Leben in uns ist, alle Möglichkeiten zu nutzen, diese Fakten, Argumente, Zusammenhänge und Wahrheiten unseren Kindern, Kindeskindern, Bekannten und Interessierten zu vermitteln, nahe zu bringen. Arbeiten wir weiter beharrlich daran, dass die Absicht des politischen Gegners nicht zum Erfolg führt, den Sozialismus so zu diskreditieren, dass ihn keiner mehr als bessere, humanistische Alternative zum Kapitalismus sieht.

**Bernd Gnant, Kühlungsborn**

Hinweis der Redaktion: Das Archiv der ehemaligen Website geht nicht verloren. Es ist unter [www.isor-sozialverein.de/cms/archiv-mfs-insider.html](http://www.isor-sozialverein.de/cms/archiv-mfs-insider.html) zu finden

\*

In unserem Kampf um Frieden und soziale Gerechtigkeit erfahren wir langjährige Unterstützung, sowohl durch unsere weiblichen ISOR-Mitglieder als auch durch unsere Ehefrauen. Deshalb war es uns ein Bedürfnis, diesen Frauen im Rahmen einer Feierveranstaltung am 8.3. einmal besonders Dank zu sagen.

Ein persönlicher Blumengruß für jede der eingeladenen Frauen bildete den Auftakt. Bei Kaffee und Kuchen in gemeinsa-



mer Runde wurden Erinnerungen und manch Episode ausgetauscht.

**Vorstand - ISOR Chemnitz**

## Die GRH – Stimme gegen Vergessen und für gesellschaftlichen Fortschritt

In diesem Monat begeht die Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung (GRH) das 30. Jahr ihrer Gründung. Grund zum Feiern? Ja und nein. Wir können stolz darauf sein, dass wir uns damals am 19. Mai 1993 nach gründlicher Vorbereitung zu diesem Schritt entschlossen hatten. Und dass mit der GRH eine starke und konsequente solidarische Gemeinschaft entstanden ist, die bis heute von Freunden geschätzt und von Gegnern mit Verleumdung und Hetze bedacht wird. Zur positiven Bilanz gehört auch, dass für viele unserer Mitglieder die GRH politische Heimat und mehr geworden ist. Andererseits ist der Anlass der Gründung natürlich kein Grund zu Jubelfeiern.

Die Situation damals war dramatisch. Zehntausende von Ermittlungsverfahren liefen nach der Annexion des sozialistischen deutschen Staates gegen DDR-Bürger, ihre Freunde in der BRD und in anderen Ländern. „Rache und Vergeltung“ hieß die Devise unserer Feinde. Mit den Worten des damaligen Justizministers Kinkel: „Delegitimierung der DDR“. Auch durch Kriminalisierung.

Der sächsische Justizminister Heitmann kündigte gar Hunderttausende von Verfahren an. Diese Spitzenjuristen des „Rechtsstaates“, Erben von Globke & Co, riefen ihre Amtskollegen zur

Rechtsbeugung auf, um mit den bösen Kommunisten abzurechnen. Das waren Angehörige der Schutz- und Sicherheitsorgane, Juristen, Kundschafter, Politiker und andere DDR-Verantwortliche. Verhindern konnten wir die Verfahren nicht; dafür reichte die Solidarität in unserem Lande nicht aus. Zu groß waren Drohung, Verwirrung, Verführung und Angst in der Bevölkerung.

Aber es gelang uns, gemeinsam mit den Verfolgten und Gleichgesinnten sowie mit progressiven Anwälten, die westdeutsche Justiz bis zu den höchsten Gerichten herauszufordern und auch den EUMRGH zur Entscheidung zu zwingen. Die Klassenjustiz „bewährte“ sich. Mit allen möglichen Finessen und Rechtskonstrukten, mit Tatsachenverdrehungen und Rechtsbrüchen verfolgten und verurteilten sie.

Immerhin war es auch unser Erfolg, dass sich das Ergebnis in Grenzen hielt. Am Ende waren es ca. 85 000 Verfahren, 100 000 Betroffene und 1 000 Verurteilte. An unserer Seite neben der GBM auch die Initiativgemeinschaft ISOR. Von Beginn an konnten wir auf deren feste Solidarität bauen. Der Vorstand unterstützte ideell, personell und finanziell. Besonders in unseren Arbeitsgruppen „Recht“ und „Solidarität“ wirkten führende Vertreter mit. Gemeinsam mit ihnen traten wir in ISOR-Gruppen auf, z. B. In Güstrow, Berlin und

Erfurt und berieten über die besten Mittel zur Verteidigung und zum Rechtsstaat DDR. In Publikationen entlarvten wir Lügen und Heuchelei sowie Hass und Hetze der Propagandaindustrie. Und wir wandten uns gegen das Unrecht im Osten Deutschlands, das auch nach 33 Jahren Zwangsvereinigung fortbesteht, wie Straffrenten, geringere Löhne, Ausgrenzung u. a. m. Zunehmend sind wir zu Aufklärern, zu Streitern für Frieden, Wahrheit und Gerechtigkeit geworden. Damit mischen wir uns in die aktuellen Kämpfe gegen Faschismus und Imperialismus ein. Gegen die aggressive NATO und EU mit ihrer verheerenden Politik. Wir stehen heute für Frieden und Freundschaft mit Russland und China und verurteilen die deutsche Kriegspolitik mit Waffenlieferungen an die Ukraine, Sanktionen und Russophobie. In unserer Arbeit verbinden wir die Erfahrungen der DDR mit dem Kampf um eine andere Gesellschaft. Dabei ist das Zusammenwirken im OKV und mit anderen progressiven Kräften unabdingbar. Die GRH bleibt eine starke Stimme gegen Vergessen von Verfolgung und Diskriminierung und für gesellschaftlichen Fortschritt. Mit Beschluss der Wahlversammlung von 2022 haben sich ihre Mitglieder dazu auch für die Zukunft bekannt.

**Hans Bauer/Dieter Stiebert**

### Diplomatische Zwischenrechnung

Auf einer Podiumsdiskussion während der Münchner Unsicherheitskonferenz mit US- Außenminister Blinken und seinem ukrainischen Kollegen Kuleba meinte die äußere deutsche Ministerin, offenbar noch vertieft in ihre neue „feministische Außenpolitik“, auf die Frage einer Moderatorin, ob die Ukraine sicher sei, falls Putin weiter Präsident bleibe: „Wenn sich Putin nicht um 360 Grad dreht, nicht.“

An den Gospodin Präsident wurden wahrlich schon ganz andere Forderungen gestellt, als diese nach einer mäßigen artistischen Leistung, sich

einmal um sich selbst zu drehen. Vielleicht haben Frau Ministerin beim vertieften Studium des Völkerrechts die Mathematik vergessen (oder sie wurde in bestimmten Gegenden unseres Vaterlandes nicht gelehrt).

Was ist nun mit Halbkreis und Vollkreis, also mit 180 oder 360 Grad und den dazu gehörigen Umdrehungen? Vielleicht hilft eine Eselsbrücke: Eine Halbglatze hat 180 Haare. Wie viele hat eine Vollglatze?.

**(w.st. / w.k.)**

## Freundeskreis Kultur- und Bildungsreisen Fahrten zu Tino Eisbrenner und zum Sächsischen Bergsteigerchor „Kurt Schlosser“

Zunächst ein herzliches Dankeschön den ISOR-Mitgliedern und Freunden, die wir zu unserer Frauentagsveranstaltung in Jüterbog begrüßen konnten. Zusammen mit etwa 130 Teilnehmern aus den Reihen unseres Freundeskreises, der GRH, des Fördervereins RotFuchs u. a. erlebten wir eine interessante, gelungene und unterhaltsame Veranstaltung, an die wir uns gewiss lange und gern erinnern werden.

In **Isor aktuell** Nr. 3 hatten wir die Tagesfahrten zum Hoffest von Tino Eisbrenner und zum Jahreskonzert des Sächsischen Bergsteigerchores „Kurt Schlosser“ bereits angekündigt. Nun folgen wie versprochen weitere Informationen.

Am Samstag, dem 9. September veranstaltet Tino Eisbrenner sein engagiertes Hoffest „Musik statt Krieg“, das seit 2002 auf seinem „Vier-Winde-Hof“ im kleinen mecklenburgi-

schen Plath stattfindet. Er wird wieder viele interessante Künstler-Kollegen einladen. Ein Gast steht schon fest:

Mitch Walking Elk, ein Singer-Songwriter der Cheyenne-Arapaho-Nation. Seine Biographie „Ich werde mich nie ergeben“ zeichnet typische Lebensbilder nordamerikanischer Ureinwohner. Viel von dem was er darin berichtet, erzählt er auch in seinen Liedern zwischen Countryfolk und Blues.

Der Preis der Fahrt beträgt 60 € pro Person für Busfahrt, Eintritt und Reiseleitung. Speis' und Trank werden auf dem „Vier-Winde-Hof“ angeboten (individuelle Bezahlung). Die Busabfahrt in Berlin erfolgt gegen 12 Uhr. Die Veranstaltung dauert von 15 bis ca. 22 Uhr. Wir wollen den Ablauf so organisieren, dass wir mit dem Bus gegen Mitternacht wieder in Berlin sind. Für den Heimweg in Berlin empfehlen wir Fahrgemeinschaften zu bilden.

Die Tagesfahrt zum Jahreskonzert des Sächsischen Bergsteigerchores „Kurt Schlosser“ im Kulturpalast Dresden findet am Sonntag, dem 19. November 2023 statt. Der Konzertbeginn ist um 11 Uhr, Busabfahrt in Berlin spätestens um 8 Uhr. Der Preis der Fahrt beträgt 75 € pro Person für Busfahrt, Konzertkarte und Reiseleitung. Im Anschluss an das Konzert besteht die Möglichkeit, im uralten Restaurant „Pulverturm an der Frauenkirche“ ein Mittagessen einzunehmen (16 € p. P.). Wer das wünscht, bitte bei der Buchung angeben. Rückfahrt nach Berlin mit dem Bus gegen 16 Uhr. Der Freundeskreis Kultur- und Bildungsreisen freut sich über eine rege Teilnahme an beiden Fahrten. Gern nehme ich die Anmeldungen telefonisch oder per E-Mail entgegen (Tel. 0173-6102512 bzw. gbm.dr.weiss@gmail.com).

**Dr. Carola Weiß, Freundeskreis  
Kultur- und Bildungsreisen im OKV**

### Sumpfblose

Dieser Döpfner, Springers Presse-Mogul in der Frontstadt Westberlin, meinte bemerken zu müssen: „Die Ossi sind Kommunisten oder ... Eklig.“

Ja, der oder das ist eklig. Eines möchte ich für mich auf jeden Fall anmerken: Lieber „Ossi und Kommunist“ sein, als Westberliner Amiknecht und Springer bei Friede.

**Wilfried Steinfath, Berlin**

### Hinweis in eigener Sache

Die halbjährliche „Information zur Mitgliederbewegung“ entfällt ab sofort.

Informationen zu jeder Art von Mitgliederveränderungen sollten immer zum monatlichen Redaktionsschluss von **Isor aktuell** eingetroffen sein, nur so können diese in der folgenden Ausgabe unserer Zeitung berücksichtigt werden.

### Alle Informationen erreichen uns per:

Telefon: 030-2978 43 17  
FAX 030-2978 43 20  
E-Mail isor-stat@t-online.de

Mit freundlichen Grüßen  
Bernd Hartmann, ISOR-Berlin Geschäftsstelle  
Statistik  
030-297 843 17

### Impressum

**Herausgeber:** Vorstand der ISOR e.V.

**Vorsitzender:** Horst Parton

**Redakteur:** Wolfgang Kroschel

c/o Geschäftsstelle und Redaktion

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,

c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift: ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

**ISOR aktuell** dient der Information von Mitgliedern der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

**Redaktionsschluss:** 26.04.2023

**Einstellung im Internet:** 05.05.2023

**Auslieferung:** 11.05.2023

**Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:** 31.05.2023

**Herstellung:** Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

**Geschäftsstelle der ISOR e.V.**

Geschäftsführerin: Anja Mewes: Di/Mi 9–16 Uhr,

Tel.: (030) 29784316

Stellv. GF Peter Ott, Di/Do 8–15 Uhr,

Tel. (030)29784315

E-Mail: ISOR-Berlin1@t-online.de

Schatzmeister: Hans-Peter Speck, Di/Mi 8–15 Uhr,

Tel.: (030) 29784317 • Fax.: (030) -29784320

E-Mail: isor-finanz@t-online.de

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

**Redaktion:** Isor-Redaktion@t-online.de

**Internet:** <http://www.isor-sozialverein.de>

**Bankverbindung:** Berliner Sparkasse

IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56

BELADEBEXXX

**Sprechstunden der AG Recht:**

Jeden 1. und 3. Donnerstag 15 bis 17 Uhr  
nach tel. Terminvereinbarung (030 29784 316)